



UDB Inden Fraktion Herbert Schlächter Grüntalstr. 37 52459 Inden

Herrn
Bürgermeister Jörn Langefeld
Rathausstraße 1

52459 Inden

Fraktionsvorsitzender:
Herbert Schlächter
Grüntalstraße 37
52459 Inden / Altdorf
Tel.: 0 24 65 / 2892
schlaechter@udb-inden.de

Inden, 14. November 2018

Antrag auf Beschluss einer Resolution zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir beantragen den Punkt „Resolution zur Abschaffung von Straßenbaubeiträgen“ auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates zu setzen.

Das Thema greift mehr und mehr um sich. Vielerorts und auch parteiübergreifend werden Stimmen zur Änderung des §8 des Kommunalabgabengesetzes (KAG NRW) laut.

Vor diesem Hintergrund greifen wir dieses von uns schon seit geraumer Zeit diskutierte und sehr kritisch betrachtete Thema mit diesem vorliegenden Antrag auf. Wir sehen in dieser Resolution eine Chance, die von uns unterstützten Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in eine Änderung der Landesgesetzgebung erfolgreich einzubringen.

Wir schlagen folgenden Resolutionstext vor:

„Der Rat der Gemeinde Inden regt eine Änderung des §8 Kommunalabgabengesetz für das Land NRW dahingehend an, dass die Rechtsgrundlage für Straßenausbaubeiträge in NRW abgeschafft wird und somit die Kommunen keine Ausbaubeiträge mehr von Anliegern erheben. Die Einnahmeausfälle der Kommunen sind durch einheitliche und zweckgebundene Zuweisungen des Landes an die Kommunen zu kompensieren.“

Begründung:

Das Kommunalabgabengesetz, hier § 8 KAG NRW schreibt den Kommunen zwingend vor zur Finanzierung des Straßenausbaus Beiträge von den bevorteilten Grundstückseigentümern zu erheben. Diese Erhebungspraxis führt immer häufiger zu Konflikten. Die Ausbaubeiträge können erheblich sein. Die oftmals im fünfstelligen Bereich liegenden Beitragsforderungen sind insbesondere für junge Familien, Geringverdiener, Alleinerziehende oder Rentner kaum

oder gar nicht zu finanzieren. Für sie ist die derzeitige Beitragserhebungspraxis existenzgefährdend, da sich einige selbst eine Kreditfinanzierung nicht leisten können oder erst gar keinen Kredit erhalten. In der Folge können sie gezwungen sein, ihren Grundbesitz zu veräußern.

Aus diesen Gründen gibt es nicht nur in Kommunen von Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den Landtagen der Länder bereits konkrete Absichten und sogar Beschlüsse, bereits ab dem 1.1.2019 auf die Erhebung von Straßenbeiträgen der Bürgerinnen und Bürger ersatzlos zu verzichten.

Wir bitten den Rat um Beschlussfassung im Sinne unseres Antrages.

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Schlächter

Fraktionsvorsitzender UDB Inden



Unabhängige Demokratische Bürger Inden e.V.

UDB Inden-Fraktion
im Rat der Gemeinde Inden

Rathausstraße 1 52459 Inden
fraktionsvorstand@udb-inden.de